

Sitzungsniederschrift

10. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: Stadthalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 23.03.2023	Sitzungsbeginn: 15:01 Uhr	Sitzungsende: 17:28 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Behrends, Kuno	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Bathmann, Harald	SPD	
Behrens, Sven	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzender CDU/Gruppenvorsitzender CDU/FDP
Bents, Kay	GRÜNE	
Biller, Anita	SPD	
Buss, Sarah	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzende FDP
Emkes, Helmut	CDU/FDP	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Forster, Hans	SPD	
Gedes, Hilko	CDU/FDP	Stv. Landrat
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin
Harms, Uwe	CDU/FDP	
Jacobsen, Alfred	SPD	

Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kleen, Johannes	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Krüger, Detlev	FW im LK Aurich	
Krüsmann, Enno	SPD	
Looden, Jan	AfD	Fraktionsvorsitzender AfD
Meinen, Olaf		Landrat
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im LK Aurich	
Odens, Roelf	CDU/FDP	
Ott, Gunnar	GRÜNE	Fraktionsvorsitzender GRÜNE
Reinders, Hermann	CDU/FDP	
Reinken, Wilhelm	FW im LK Aurich	
Saathoff, Georg	SPD	
Saathoff, Johann	SPD	
Schiffmann, Fabian	SPD	
Schoone, Friede	SPD	
Seeberg, Timo	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Stange, Axel	SPD	
Stegemann, Regina	GRÜNE	
Tammen, Harald	CDU/FDP	
Tjaden, Hinrich	CDU/FDP	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Trauernicht, Matthias	FW im LK Aurich	
Ubben, Heinrich	FW im LK Aurich	
Ubben, Hilde	FW im LK Aurich	Fraktionsvorsitzende FW im LK Aurich
Weiss, Edgar	FW im LK Aurich	
Wimberg, Theo	SPD	
Wittmer-Kruse, Olaf	GRÜNE	
Verwaltung		
Ahten, Eiko		Baudezernent
Bontjer-Klöker, Christel		Amtsleiterin Innerer Dienst
Fortmann, Christel		Büro des Landrats



Flohr, Dagmar	Kreisrätin
Hanekamp, Nicole	Stellvertretende Kämmerin
Herrmann, Darinka	Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte
Neumayer, Nikolai	Büro des Landrats
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Saathoff, Irene	Kämmerin
Schoone, Vera	Kreistagsbüro
Smolinski, Sebastian	Kreisrat
Wessels, Laura	Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Buschmann, Saskia	CDU/FDP
de Vries, Kevin	SPD
Gerpen, Dorothea van	SPD
Harms, Erich	SPD
Ihmels, Beate	SPD
Siebels, Wiard	SPD
Stöhr, Uwe	SPD
Tyedmers, Johannes	AfD
Weilage, Udo	CDU/FDP
Wienbecker, Johann	FW im LK Aurich

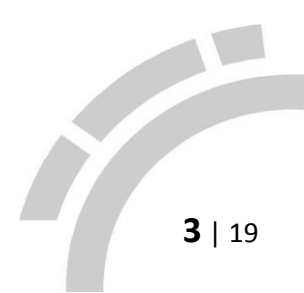
Verwaltung

Aden, Jens
Jelden, Frauke
Müller-Gummels, Rainer

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung



4.	Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 28.02.2023
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Haushalt 2023
6.1.	Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus - Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2023 Vorlage: X/2023/024
6.2.	Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2023 der Pflegeeinrichtungen -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich Vorlage: X/2023/025
6.3.	Wirtschafts- und Stellenplan 2023 des Eigenbetriebes "Breitbandnetz Landkreis Aurich" Vorlage: X/2023/027
6.4.	Anträge zum Haushalt
6.4.1.	Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft; Aufnahme verschiedener Haushaltsansätze im Haushaltsplan 2023 Vorlage: X-AF/2023/007
6.4.2.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.03.2023; 100-km-Radwegeplan: Aufnahme der Störtebekerstraße und der K226 Vorlage: X-AF/2023/011
6.4.3.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Verwendung der Gewinne aus den Erlösen der Beteiligung an Windkraftanlagen für den sozialen Wohnungsbau Vorlage: X-AF/2023/012
6.4.4.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Erstellung einer Kostenbedarfsplanung zur energetischen Sanierung der Außenfassade des Kreishauses und Prüfung von Förderungsmöglichkeiten für Sanierungsfahrpläne Vorlage: X-AF/2023/013
6.4.5.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Deckelung für Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen auf 10 % Vorlage: X-AF/2023/014
6.4.5.1.	Änderungsantrag der Gruppe CDU/FDP vom 23.03.2023; Deckelung für Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen auf 5 %
6.4.6.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Schaffung von zwei Stellen für den Immissionsschutz und eine Stelle in der Hydrogeologie Vorlage: X-AF/2023/015
6.5.	Stellenplan 2023, Teil A und B Vorlage: X/2023/006
6.6.	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 Vorlage: X/2023/026
7.	Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2023; Tarifangleichung KVHS Norden Vorlage: X-AF/2023/010
8.	Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: X/2023/019
9.	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung Vorlage: X-MV/2023/010

10.	Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: X/2023/021
11.	Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus - Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2022 Vorlage: X/2023/023
12.	Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss Vorlage: X/2023/030
13.	Masterplan Gesundes Ostfriesland: Vereinsgründung Vorlage: X/2023/029
14.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2022; Bereitstellung kostenloser Menstruationsartikel Vorlage: X-AF/2023/008
15.	Nebentätigkeiten des Landrates Vorlage: X-MV/2023/009
16.	Bericht des Landrates
16.1.	Resolution Küstenfischerei
16.2.	Mandatsniederlegung Erich Harms
17.	Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
18.	Einwohnerfragestunde
19.	Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

Vorsitzender Behrends eröffnete um 15:01 Uhr die öffentliche Sitzung.

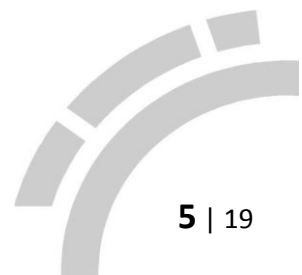
TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender Behrends erläuterte, dass der Tagesordnungspunkt 6.4.2 *Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2023; Tarifangleichung KVHS Norden* aus der Haushaltsberatung herausgelöst und im Anschluss als Tagesordnungspunkt 7 thematisiert werden würde. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sich dementsprechend jeweils um eine Ziffer verschieben. Weiter würden die danach entstehenden Tagesordnungspunkte 9 *Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2019* und Tagesordnungspunkt 10 *Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung* getauscht werden.

Abg. Krüger verwies auf den durch die Fraktion Freie Wählergemeinschaft Landkreis Aurich vor Sitzungsbeginn schriftlich an alle Anwesenden verteilten Resolutionsentwurf, der die Bekundung der Solidarität mit den Krabbenfischern im Landkreis Aurich



und damit einhergehend die Ablehnung der Pläne der EU-Kommission zum Verbot der aktiven bodenführenden Fischerei in den Meeresschutzgebieten der deutschen Küsten beinhalten würde. Weiter brachte er an, dass seine Fraktion zwar die geplante gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV sowie des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz am 30. März 2023 in Dornum/Neßmersiel begrüßen würde, die Solidarität jedoch schnellstmöglich bekundet werden sollte.

Dahingehend zeigte sich **Landrat Meinen** überrascht von der Vorgehensweise und sprach sich für eine ausreichende inhaltliche Auseinandersetzung mit der Fachthematik aus. Er befürwortete und förderte grundsätzlich eine solche Resolution, dennoch sollte diese nicht kurzfristig ohne ausreichende Informationen beschlossen werden. Die genannte gemeinsame Sitzung sei zunächst abzuwarten.

Abg. Wittmer-Kruse erklärte, dass er die Vorgehensweise der Kreisverwaltung grundsätzlich begrüßen würde, es jedoch wichtig sei, schon jetzt ein Zeichen durch eine solche Resolution zu setzen.

Abg. Kleen wies darauf hin, dass ein Schnellschuss zu vermeiden sei. Die vorliegende Resolution sei inhaltlich nicht ausreichend und daher sei die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse am 30. März 2023 zunächst abzuwarten und das Thema ausreichend zu beleuchten.

Anschließend fasste der Kreistag folgenden Beschluss zur Aufnahme der Resolution der Fraktion Freie Wählergemeinschaft im Landkreis Aurich auf die Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 35 Enthaltungen: 0
➡ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann fasste die Kreistag folgenden Beschluss:

Die Tagesordnung wird, wie von Vorsitzenden Behrends vorgestellt, in veränderter Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

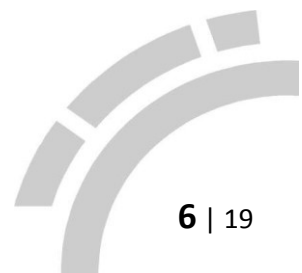
⇨ Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 6
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 28.02.2023**

Die Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 28.02.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3
➡ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Eine **Einwohnerin** berichtete hinsichtlich der veränderten Bestimmungen zur Abfallwirtschaft bzw. dem nicht mehr möglichen Rückwärtsfahren der Abfallfahrzeuge, dass das nunmehr nötige Vorziehen der Abfalltonnen für ältere aber auch eingeschränkte Personen ein großes Problem darstellen würde. Sie habe zusammen mit Nachbarn Einspruch gegen die Maßnahme beim Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Aurich eingelegt, bislang jedoch keine Rückmeldung erhalten. Sie hinterfragte daraufhin, wer für die Verkehrssicherungspflicht bei dieser Thematik aufkommen würde und wann mit einer Rückmeldung vom Abfallwirtschaftsbetrieb zu rechnen sei.

Landrat Meinen bestätigte, dass das Thema ohne Zweifel ein Problem darstelle und im Kreisgebiet etwa 900 Straßen betroffen seien. Er bot den Betroffenen einen Klärungstermin mit Kreisrat Smolinski an. Bislang seien im direkten Dialog oftmals gute Lösungen gefunden worden.

Der **Vorsitzende des Senioren- und Behindertenbeirats Norden** schilderte ebenfalls die bereits genannten Probleme und kritisierte, dass die von der Gefährdung betroffenen Straßen nicht vom Abfallwirtschaftsbetrieb der Kreisverwaltung bekanntgegeben worden seien.

Kreisrat Smolinski ging daraufhin auf die betroffenen Einwohner/innen zu, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

TOP 6 **Haushalt 2023**

TOP 6.1 **Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus - Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2023**
Vorlage: X/2023/024

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der UEK-Vermögensverwaltung für das Haushaltsjahr 2023 wird im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von 3.100.000,00 €, Aufwendungen in Höhe von 3.100.000,00 € und im Vermögen- und Investitionsplan mit Einnahmen in Höhe von 2.275.000,00 €, Ausgaben in Höhe von 2.275.000,00 € festgesetzt. Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen durch die Sonderkasse der Vermögensverwaltung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 → **einstimmig beschlossen**

TOP 6.2 **Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2023 der Pflegeeinrichtungen -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich**
Vorlage: X/2023/025

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der der Pflegeeinrichtungen -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2023 wird im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von 1.430.000,00 €, Aufwendungen in Höhe von 1.456.000,00 € und im Vermögen- und Investitionsplan mit Einnahmen in Höhe von 2.705.445,00 €, Ausgaben in Höhe von 2.705.445,00 € festgesetzt. Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2023 Kredite aufgenommen werden dürfen, wird auf 1.460.000,00€ festgesetzt. Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen der Vermögensverwaltung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 800.000,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6.3 Wirtschafts- und Stellenplan 2023 des Eigenbetriebes "Breitbandnetz Landkreis Aurich"
Vorlage: X/2023/027

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes „Breitbandnetz Landkreis Aurich“ wird im Rahmen der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen und der Stellenplan wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6.4 Anträge zum Haushalt

Landrat Meinen stellte zunächst dar, dass dies der 25. sowie letzter Haushaltsbeschluss von Kämmerin Saathoff sei. Kämmerin Saathoff würde zum 31. März 2023 in den Ruhestand verabschiedet werden, Frau Hanekamp würde bereits als Nachfolgerin feststehen.

Ferner sei der vorliegende Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2023 bereits der vierte Haushalt, der unter krisenhaften Bedingungen gefertigt werden musste. Die Rahmenbedingungen seien hierdurch erneut nicht vorteilhaft gewesen. Der Kreishaushalt 2023 sei von Unsicherheiten geprägt, deswegen seien mögliche Hilfspakte des Bundes und/oder Landes noch nicht mit eingeplant worden. **Landrat Meinen** sprach einen großen Dank an Kämmerin Saathoff, Frau Hanekamp und ihr Team für die Erstellung des Haushaltsplan 2023 aus. Zudem dankte er dem Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen Abg. Gossel sowie allen weiteren Beteiligten für die Arbeit in den letzten Wochen.

Landrat Meinen erläuterte, dass das Haushaltsvolumen im Jahr 2023 fast 500 Mio. Euro entsprechen würde. Das entstehende Defizit von rd. 22 Mio. Euro könnte durch



die Überschussrücklage der Kreisverwaltung gedeckt werden. Grundverursacher für den planerischen Fehlbedarf seien u.a. die defizitären Kliniken, die Kita-Vereinbarung, die steigende Inflation sowie die ansteigenden Energiekosten. Weiter seien Investitionen von rd. 33 Mio. Euro geplant. Hierbei würden z.B. Themen wie Schulen, Radwege aber auch der Ausbau der Krippen und Kitas berücksichtigt werden.

Abschließend erläuterte **Landrat Meinen**, dass zunächst die Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppen gehalten werden würden und anschließend die Beschlussfassung über die einzelnen Anträge erfolge.

Abg. Harm-Rehrmann erläuterte, dass die Menschen sowie die Wirtschaft besonders auf Grund der Auswirkungen der anhaltenden Krisen, wie die steigende Inflation, die steigenden Energiekosten und die kritische politische Lage, vor großen Herausforderungen stehen würden. Dies würde Ängste und Wut in der Bevölkerung schüren, sodass es wichtig sei, den Betroffenen zur Seite zu stehen. Nebst dem müsse sich der Landkreis jedoch auch zukunfts- und leistungsfähig aufstellen. Eine Bewältigung beider Aufgaben sei zu erzielen. Hierbei seien neben den Pflichtaufgaben, auch die freiwilligen Aufgaben sowie anderweitige Ziele wie die Nachhaltigkeit zu beachten. Die Belange der Bevölkerung seien jedoch gerade im Hinblick auf gestiegene Energie- und Lebensunterhaltskosten zu berücksichtigen. Maßnahmen wie die Einführung des Gaspreisdeckels, Einmalzahlungen sowie Entlastungspakete seien hierbei zielführend und seien schon lange nicht mehr nur für die einkommensschwächeren Schichten wichtig. Neben diesen Aufgaben der Kreisverwaltung sei es zudem wichtig, die soziale Hilfe für Menschen in Notlagen und/oder mit Handicaps nicht zu vernachlässigen, erklärte **Abg. Harm-Rehrmann**. Der betroffene Etat würde im Kreishaushalt 2023 den größten Umfang einnehmen.

Weiter stellte **Abg. Harm-Rehrmann** dar, dass der Ausbau der Infrastruktur durch beispielsweise das kommunale Breitbandnetz aber auch die Förderung moderner bzw. klimaschonender Mobilitätsformen wichtig sei. Hierbei sprach sie sich für eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Radwegenetze aus. Zudem seien auch die Auswirkungen des Fach- und Arbeitskräftemangels für viele Menschen, jedoch auch für die Kreisverwaltung spürbar. **Abg. Harm-Rehrmann** thematisierte anschließend die Errichtung der Zentralklinik und befürwortete diese. Eine optimale Gesundheitsversorgung der Bürger/innen im Landkreis Aurich sei voranzutreiben. Ferner sei die Unterbringung von geflüchteten Menschen ein wichtiges Thema, das verantwortungsvoll umgesetzt werden müsste. Hierbei sei eine Zusammenarbeit mit Land, Bund und EU wichtig.

Abg. Gossel führte zunächst aus, dass dieser Kreishaushalt der letzte Haushalt wäre, den Kämmerin Saathoff zusammen mit ihrem Team erarbeitet hätte. Zudem sei dies der erste Haushaltsplan der Kreisverwaltung, der ein Haushaltsvolumen von rd. 500 Mio. Euro aufweisen würde. Nachdem er kurz aus den Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen berichtete, nannte er die Kernzahlen des Haushaltsplanes des Jahres 2023, wobei er das Defizit in Höhe von rd. 22 Mio. Euro besonders thematisierte. Hierbei nannte er die Ubbo-Emmius-Klinik und den damit verbundenen Verlustausgleich in Höhe von rd. 16 Mio. Euro als hauptsächliche Verursacherin. Er appellierte an die Bundesregierung, die Finanzierung der Krankenhäuser zu bezuschussen.

Außerdem ging **Abg. Gossel** auf die geplanten Personalkosten sowie den Stellenplan ein. Eine Tarifierhöhung sei bereits eingeplant. Die Kreisverwaltung sei der größte Arbeitgeber im Kreisgebiet und die Anzahl der Mitarbeitenden würde jährlich ansteigen. Die vorhandenen Stellen seien jedoch durch eine Aufgabenkritik und ständige



Prozessoptimierung jederzeit zu hinterfragen. Zusätzliche Aufgaben u.a. im Umweltschutz, in der Wohngeldberechnung und für Asylverfahren würden anfallen.

Weiter erläuterte **Abg. Gossel** einzelne geplante Investitionsmaßnahmen und betonte hierbei, dass die Infrastruktur sowie die Digitalisierung gepflegt werden würde. Zudem erklärte er die umfangreichen Aufgaben, die unter der Haushaltsposition Sach- und Dienstleistungen gefasst werden würden und erläuterte kurz den Änderungsantrag seiner Fraktion (Tagesordnungspunkt 6.4.5.1).

Abg. Ott nannte zunächst mehrere Gründe, warum der vorliegende Haushaltsplan nicht krisenfest bzw. zukunftsfähig sei. Hierzu würden neben dem Krieg in der Ukraine u.a. der Klimawandel sowie die Wohnungsnot zählen. Weiter würden zwar neue Stellen geschaffen, jedoch nicht in den richtigen Bereichen wie z.B. dem Umweltschutz eingesetzt werden. Der Katastrophenschutz sei zudem nicht ausreichend ausgebaut.

Hinsichtlich der Errichtung der Zentralklinik brachte **Abg. Ott** an, dass die zu erwartenden Kosten immer weiter ansteigen würden und damit auch der finanzielle Anteil des Landkreises an dem Projekt zunehmen würde. Dies sei ein Grund dafür, die Richtigkeit der Entscheidung des Projektes zu überprüfen. Es sei abzuwarten, ob die Beteiligung des Landes Niedersachsen an der Errichtung der Zentralklinik ausreichend sei. Es sei zudem nicht zu vernachlässigen, dass die Mitarbeitenden der vorhandenen Ubbo-Emmius-Klinik bereits überlastet seien und die Versorgung gefährdet sei.

Abg. Ott sprach sich für eine energetische Sanierung des Kreishauses in Aurich aus, da keine Energieeffizienz vorliegen würde. Weiter thematisierte er den Wohnungsbau, wobei er eine künftige Wohnungsbaugesellschaft sowie die Erarbeitung eines Wohnraumversorgungskonzeptes befürworten würde, die Kreisverwaltung jedoch eigenständig aktiv zur Errichtung von Wohnraum werden müsste. Hierbei sei die zeitliche Notwendigkeit auch in Hinblick auf die adäquate Unterbringung von geflüchteten Menschen nicht zu vernachlässigen.

Anschließend erklärte **Abg. Ott**, dass das Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz des Landkreises Aurich immer wieder Überlastung anzeigen würde und Vorhaben sowie Aufgaben aufgrund fehlender Stellen nicht umgesetzt werden könnten. Seine Fraktion habe hierfür teilweise Abhilfe durch die Schaffung von Stellen im Bereich der Hydrogeologie leisten wollen, dies wurde jedoch nicht als notwendig angesehen. Die neuen Personalstellen müssten an den richtigen Stellen geschaffen und der Bedarf nicht künstlich hochgehalten werden.

Abschließend kritisierte **Abg. Ott** die beantragte Minimierung des Aufwuchses der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von lediglich 10% bzw. nunmehr 5%. Diese Summe sei zu gering. Ferner stellte er dar, dass seine Fraktion dem vorliegenden Kreishaushalt 2023 nicht zustimmen könnte.

Abg. Hilde Ubben kritisierte die Steigerung des Ansatzes für Sach- und Dienstleistungen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2021. Nach Betrachtung der Haushaltsjahre ab 2013 und deren Abschlüsse sei anzumerken, dass planerisch regelmäßig Fehlbedarfe ausgewiesen werden würden, die Abschlüsse jedoch hohe Überschüsse darlegen würden. Diese Entwicklung habe sogar die Tilgung langfristiger Kredite ermöglicht und fordere keine Ausschöpfung der Kreditermächtigungen. Eine Erhöhung des Höchstbetrages, bis zu dem Liquiditätskredite aufgenommen werden können, sei überflüssig. Weiter sprach sie die noch nicht abgeschlossene Kita-Vereinbarung an.

Das planerische Defizit sei unrealistisch, dies würde auch die Vergangenheit aufzeigen. Ihre Fraktion könne dem vorliegenden Haushaltsplan abschließend nicht zustimmen.

TOP 6.4.1 **Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft; Aufnahme verschiedener Haushaltsansätze im Haushaltsplan 2023**
Vorlage: X-AF/2023/007

Abg. Meyerholz erläuterte den Antrag und erklärte, dass die Positionen 1 (Investitionszuwendung Denkmalschutz und Pflege) und 3 (Kreisstraßen) des Antrages als erledigt anzusehen seien, lediglich Position 2 (Förderung für Studenten zur Sicherung der Arztversorgung) sei weiterhin zu berücksichtigen.

Landrat Meinen führte aus, dass in der Sitzung des Kreisausschusses am 22. März 2023 bereits ausführlich über das Thema der Stipendien für Medizinstudenten berichtet worden sei. Es sei geplant, dies zusammen mit dem neuen Geschäftsführer der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH Balster neu aufzuarbeiten und ggfls. eine dann notwendige Erhöhung des derzeitigen Ansatzes nach Erstellung eines Konzepts zu beschließen.

Abg. Kleen unterstützte dies und sprach sich für eine Verschiebung eines solchen Beschlusses bis zur abschließenden Ausarbeitung aus.

Abschließend befürwortete **Abg. Meyerholz**, dass die Stipendien für Medizinstudenten mehr beworben werden sollten.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Förderung für Studenten zur Sicherung der Arztversorgung wird im Produkt 411-01 Krankenhaus im Haushaltsplan 2023 von 100.000 Euro auf 150.000 Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 32 Enthaltungen: 6
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 6.4.2 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.03.2023; 100-km-Radwegeplan: Aufnahme der Störtebekerstraße und der K226**
Vorlage: X-AF/2023/011

Landrat Meinen erklärte, dass das Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche an der Entwicklung eines Radwege-Folgeprogrammes arbeite und dieses nach Erstellung im Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz vorgestellt werden solle. Ferner sei anzumerken, dass die Störtebekerstraße eine Landesstraße sei und folglich das Land für die Planung eines Radeweges entlang dieser Straße zuständig sei.

Abg. Wittmer-Kruse erläuterte daraufhin den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und beantragte, diesen in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.



Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Antrag zur Aufnahme der Straßenabschnitte Störtebekerstraße und K226 in die neu aufzulegende 100 km – Radwegeplanung wird in den zuständigen Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6.4.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Verwendung der Gewinne aus den Erlösen der Beteiligung an Windkraftanlagen für den sozialen Wohnungsbau
Vorlage: X-AF/2023/012

Beschluss:

Alle bisherigen und zukünftigen in der WLA verwalteten Gewinne aus den Beteiligungen an Windkraftanlagen werden für 10% Kultur, 25% Wohnungsbau und 65 % erneuerbare Energien für den sozialen Wohnungsbau verwendet.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 32 Enthaltungen: 5
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 6.4.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Erstellung einer Kostenbedarfsplanung zur energetischen Sanierung der Außenfassade des Kreishauses und Prüfung von Fördermöglichkeiten für Sanierungsfahrpläne
Vorlage: X-AF/2023/013

Abg. Ott erklärte, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen der Antrag geändert worden sei. Über diesen Beschlussvorschlag solle auch hier abgestimmt werden.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen die Fördermöglichkeiten hinsichtlich energetischer Sanierungen vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 6.4.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Deckelung für Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen auf 10 %
Vorlage: X-AF/2023/014

Beschluss:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden allgemein auf eine Steigerung von 10 % gedeckelt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 37 Enthaltungen: 3
➔ **mehrheitliche abgelehnt**

TOP 6.4.5.1 Änderungsantrag der Gruppe CDU/FDP vom 23.03.2023; Deckelung für Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen auf 5 %

Beschluss:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden allgemein auf eine Steigerung von 5 % gedeckelt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 5
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 6.4.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2023; Schaffung von zwei Stellen für den Immissionsschutz und eine Stelle in der Hydrogeologie
Vorlage: X-AF/2023/015

Beschluss:

Es werden zwei Stellen für den Immissionsschutz und eine Stelle in der Hydrologie geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 36 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 6.5 Stellenplan 2023, Teil A und B
Vorlage: X/2023/006

Landrat Meinen wies darauf hin, dass der Ausschuss für Personal, Organisation und Gleichstellung ergänzend beschlossen habe, dass die vier ZBV-Stellen nur im Haushaltsjahr 2023 ausgewiesen werden würden.

Abg. Hilde Ubben sprach sich gegen den vorliegenden Stellenplan aus, da die Notwendigkeit einiger Stellen nicht erkennbar sei. Jedes Jahr würden zusätzliche Stellen



beschlossen werden, dennoch würde Arbeit liegen bleiben. Zudem würden Tarifsteigerungen die Personalkosten enorm erhöhen.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Stellenplan, Teil A und B wird, vorbehaltlich der Herstellung des Benehmens mit dem Personalrat, genehmigt. Zusätzlich wird bei den vier ZBV-Stellen im Stellenplan folgender Sperrvermerk aufgenommen: Vier Stellen werden nur im Haushaltsjahr 2023 ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 13 Enthaltungen: 0
➡ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 6.6 **Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023**
Vorlage: X/2023/026

Vorsitzender Behrends dankte Kämmerin Saathoff für ihre langjährige Arbeit im Namen aller Kreistagsabgeordneten und überreichte ihr einen Blumenstrauß. **Kämmerin Saathoff** bedankte sich ebenfalls bei den Abgeordneten des Kreistages für die überwiegend positive Zusammenarbeit.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2023 einschließlich des Investitionsprogrammes für die Haushaltsjahre 2023 bis 2026 wird in der vorgelegten Form beschlossen. Die wesentlichen Produkte werden in der vorgelegten Form festgelegt. Die Finanzplanungsdaten für den Zeitraum bis 2026 werden zur Kenntnis genommen.

Das Haushaltssicherungskonzept 2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 13 Enthaltungen: 0
➡ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 7 **Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2023; Tarifangleichung KVHS**
Norden
Vorlage: X-AF/2023/010

Abg. Kleen erläuterte den Antrag der SPD und erklärte, seine Fraktion werde dem weitergehenden Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe zustimmen.

Abg. Behrens erläuterte daraufhin den Änderungsantrag seiner Gruppe.

Abg. Meyerholz stellte dar, dass das Vertrauen zu den Mitarbeitenden der KVHS Norden niemals in Frage gestanden habe. Er begrüßte den Antrag zur Tarifangleichung, stellte jedoch zudem dar, dass das Thema bereits seit dem Jahr 2015 im Kreistag behandelt werden würde. In diesem Zusammenhang sei bereits eine Überprüfung



bzw. Kostenermittlung erfolgt, sodass dies nicht erneut notwendig sei. Die hierbei genannten Mehrkosten seien Personalkosten für Mitarbeitende, die zufällig an einem falschen Standort arbeiten würden. Daraufhin stellte er folgenden Änderungsantrag für die Fraktion Freie Wählergemeinschaft Landkreis Aurich:

Der Haustarif der KVHS Norden wird zum 31. Dezember 2023 außer Kraft gesetzt und ab dem 1. Januar 2024 wird der Tarif wie bei der KVHS Aurich nach dem TVöD gezahlt.

Abg. Albers hinterfragte, warum der Antrag nicht mehr im Rahmen der Haushaltsberatung thematisiert worden sei und ob dies bedeuten würde, dass das Vorhaben nicht so ernst gemeint sei. Das Ziel der Tarifangleichung würde es schon lange geben und sei bereits mehrfach im Kreistag diskutiert worden. Im Jahr 2015 sei diesbezüglich bereits ein Kreistagsbeschluss gefasst worden, der jedoch keine Umsetzung fand.

Abg. Forster erklärte, es handle sich um einen komplizierten Prozess, sollte der Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe beschlossen werden. Das gesetzte Ziel, die Prüfung bis zum Herbst abzuschließen, sei ambitioniert aber machbar. Hierfür seien alle Seiten intensiv gefordert und es müsse einen regelmäßigen Austausch geben. Dafür sei es sinnvoll, eine Struktur zu finden, in der man intern über das Thema reden könne, beispielsweise eine Arbeitsgruppe.

Abg. Wittmer-Kruse unterstützte den Änderungsantrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Landkreis Aurich. Zudem erfragte er die Reaktionen, sollte der zum Beschluss stehende Prüfauftrag an die Verwaltung etwas Anderes ergeben, als die geplante Tarifangleichung der Standorte.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss hinsichtlich des Änderungsantrages der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Landkreis Aurich:

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 32 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann wurde über den Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe abgestimmt:

Beschluss:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt zu prüfen:

- 1. Welche möglichen Auswirkungen hätte eine Tarifangleichung auf den Haushalt des Landkreises?**
- 2. Welche Konsequenzen würde eine Tarifangleichung auf die Struktur und die Angebotsvielfalt der KVHS haben, wenn diese auch zukünftig in der Lage sein soll, sich weitestgehend wirtschaftlich selbst zu tragen?**
- 3. Der Prüfauftrag bezieht sich auf alle Gesellschaften der KVHS und soll zur politischen Beratung und Entscheidung bis zum Herbst 2023 durch die Kreisverwaltung vorgelegt werden.**

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 14 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**



TOP 8 **Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2019**
Vorlage: X/2023/019

Beschluss:

1. Der mit Datum vom 20. September 2022 durch den Landrat festgestellte Jahresabschluss des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2019 wird beschlossen.
2. Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in der Ergebnisrechnung in Höhe von insgesamt 7.480.359,70 € sowie die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in der Finanzrechnung (Auszahlungen für Investitionstätigkeit) in Höhe von insgesamt 221.923,77 € werden zur Kenntnis genommen und genehmigt.
3. Der im Jahresabschluss 2019 in der Ergebnisrechnung festgestellte Überschuss in Höhe von 9.068.148,65 € wird mit dem kameralen Sollfehlbetrag verrechnet.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung**
Vorlage: X-MV/2023/010

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10 **Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2019**
Vorlage: X/2023/021

Beschluss:

Dem Landrat wird für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2019 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 **Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus - Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2022**
Vorlage: X/2023/023

Beschluss:

Der geprüfte Jahresabschluss der UEK Vermögensverwaltung wird für das Jahr 2022 beschlossen.



Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 12 Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: X/2023/030

Beschluss:

Im Jugendhilfeausschuss wird Herr Holger Kleen beratendes Mitglied für Herrn Ewald Focken.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 13 Masterplan Gesundes Ostfriesland: Vereinsgründung
Vorlage: X/2023/029

Abg. Albers erläuterte den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sodann fasst der Kreistag folgenden Beschluss zur Beschlussvorlage der Verwaltung:

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 12 Enthaltungen: 1
➔ **mehrheitlich beschlossen**

Anschließend fasste der Kreistag folgenden Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig abgelehnt**

(Anmerkung: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nahm an dieser Abstimmung nicht teil.)

Beschluss:

Der Landkreis Aurich tritt dem Verein Gesundes Ostfriesland e.V. bei.

TOP 14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2022; Be-
reitstellung kostenloser Menstruationsartikel
Vorlage: X-AF/2023/008

Abg. Albers erläuterte den Antrag und die Änderungen, die durch eine Tischvorlage zu Beginn der Sitzung allen Anwesenden bekanntgegeben wurden.



Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

1. In kreiseigenen Schulen sollen in Zukunft Menstruationsprodukte kostenlos erhältlich sein
2. Die Umsetzung soll von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten erarbeitet werden
3. Die Maßnahme soll von einer Informationskampagne begleitet werden
4. Das Vorhaben kann zunächst in einer ausgesuchten Einrichtung erprobt werden
5. Die Finanziellen Mittel sind zunächst aus den Betriebskosten der Einrichtung zu entnehmen und - bei Bewährung – nach Vorliegen einer belastbaren Kostenaufstellung im Haushalt 2024 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen

TOP 15 Nebentätigkeiten des Landrates
Vorlage: X-MV/2023/009

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 16 Bericht des Landrates

TOP 16.1 Resolution Küstenfischerei

Landrat Meinen berichtete, dass am 30. März 2023 eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV mit dem Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz in Neßmersiel stattfinde. Zu dieser Sitzung seien auch die Hauptverwaltungsbeamten/Hauptverwaltungsbeamtinnen der kreisangehörigen Kommunen eingeladen. Dirk Sander, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Kutter- und Küstenfischer e.V. und Vizepräsident des Deutschen Fischereiverbandes, werde zum Thema des geplanten Verbotes der aktiv bewegten, grundberührende Fanggeräte der Europäischen Union sprechen. Zudem werde auch die angestrebte Resolution thematisiert.

TOP 16.2 Mandatsniederlegung Erich Harms

Landrat Meinen teilte mit, dass Erich Harms aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat als Kreistagsabgeordneter zum 31. März 2023 niederlege. Nachrücker sei Herr Jürgen de Buhr aus Wiesmoor.

TOP 17 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Abg. Albers bat darum, dass der neue Geschäftsführer der Trägergesellschaft Aurich – Emden-Norden mbH an der nächsten Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Pflege teilnehme und hier konkrete Zukunftspläne darstelle.

Abg. Ott hinterfragte, warum der Pressesprecher des Kreisfeuerwehrverbandes Manuel Goldenstein zukünftig nicht mehr über Feuerwehreinsätze berichten dürfe.

Diesbezüglich erklärte **Landrat Meinen**, dass jede einzelne der 15 kreisangehörigen Gemeinden eigenverantwortlich die Pressearbeit der jeweiligen Feuerwehren regeln würde. Einen konkreten Pressesprecher des Kreisfeuerwehrverbandes habe es demnach nie offiziell gegeben. Durch die BOS-Funkrichtlinie seien zudem nur wenige Personen berechtigt, ein solches Funkgerät zu nutzen.

Abg. Stegemann merkte an, dass bei künftigen Abstimmungen in den Sitzungen des Kreistages die Ergebnisse bekanntgegeben werden sollten, sofern diese nicht einstimmig gefasst wurden. **Landrat Meinen** befürwortete dies und sagte ihr die Umsetzung zu.

TOP 18 **Einwohnerfragestunde**

Es lag keine Wortmeldung vor.

TOP 19 **Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vorsitzender Behrends schloss um 17:14 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Meinen	gez. Behrends	gez. Wessels
_____ Landrat	_____ Vorsitzender	_____ Protokollführerin